

Beim vorliegenden Gesetz handelt es nicht um einen indirekten Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen». Das muss an dieser Stelle noch einmal deutlich gesagt werden. Sie wissen auch, dass ein indirekter Gegenvorschlag gar nicht in Kraft treten könnte, sollte die Volksinitiative angenommen werden. Das sage ich hier auch explizit zuhänden der Journalisten und der Schweizerischen Depeschagentur, die irrtümlicherweise immer wieder von einem Gegenvorschlag sprechen. Ich weiss, es ist kompliziert, aber es ist wichtig, dass man das korrekt wiedergibt.

Wir stimmen heute über das Bundesgesetz über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot ab. Die SVP-Fraktion hat diesem Gesetz am 10. Juni 2013 zugestimmt. Der Nationalrat hatte es mit 176 zu 0 Stimmen gutgeheissen. Am vergangenen 26. November nun hat der Nationalrat diesem Gesetz ein zehnjähriges Berufsverbot für Pädophile hinzugefügt, dies aber nur bei einer Mindeststrafe von sechs Monaten. Damit will er den Stimmbürgern weismachen, dass die Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» gar nicht nötig sei. Dagegen wehrt sich die SVP. Die Volksinitiative fordert ein lebenslanges Berufsverbot; dieses unterstützen wir. Aus diesem Grund können wir dem vorliegenden Bundesgesetz so nicht zustimmen, wenn auch der Rest des Gesetzes in die richtige Richtung geht.

Aus diesem Grund wird sich die SVP-Fraktion der Stimme enthalten.

Präsident (Lustenberger Ruedi, Präsident): Herr Guhl hat das Wort für eine Erklärung im Namen der BDP-Fraktion.

Guhl Bernhard (BD, AG): Eigentlich könnte ich fast die Worte meiner Vorrednerin wiederholen, ich lese jetzt aber doch die Fraktionserklärung der BDP-Fraktion herunter.

Die BDP-Fraktion hat nach verschiedenen Beratungen und Diskussionen um direkte und indirekte Gegenentwürfe in der Herbstsession beschlossen, die Initiative zur Annahme zu empfehlen, und hat entsprechend abgestimmt. Das nun vorliegende Gesetz, welches ursprünglich als indirekter Gegenvorschlag gedacht war, enthält einige Verschärfungen für Pädokriminelle. Dazu gehört ein lebenslangliches Tätigkeitsverbot, wie es auch von den Initianten verlangt wird. Vorgehen sind auch Kontakt- und Rayonverbote für verurteilte Sexualstraftäter. Diese über die Initiative hinausgehenden Massnahmen sind es, welche die BDP-Fraktion dazu veranlassen, die Vorlage nicht abzulehnen.

Der BDP geht diese Vorlage aber zu wenig weit. Ziel der Initiative ist die Verhinderung weiterer Opfer durch bereits verurteilte Täter. Die nun im Gesetz vorgeschlagenen zehn Jahre Tätigkeitsverbot sind der BDP zu wenig. Wie die Initiative fordert die BDP-Fraktion ein lebenslanges Tätigkeitsverbot.

Daher kann die BDP-Fraktion dieser Vorlage so nicht zustimmen und wird sich der Stimme enthalten.

1. Bundesgesetz über das Tätigkeitsverbot und das Kontakt- und Rayonverbot (Änderung des Strafgesetzbuchs, des Militärstrafgesetzes und des Jugendstrafgesetzes)

1. Loi fédérale sur l'interdiction d'exercer une activité, l'interdiction de contact et l'interdiction géographique (Modification du Code pénal, du Code pénal militaire et du droit pénal des mineurs)

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 12.076/9832)

Für Annahme des Entwurfes ... 115 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(79 Enthaltungen)

12.097

Überstellung verurteilter Personen. Vertrag zwischen der Schweiz und Kosovo

Transfèrement des personnes condamnées. Traité entre la Suisse et le Kosovo

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 30.11.12 (BBl 2013 159)

Message du Conseil fédéral 30.11.12 (FF 2013 159)

Nationalrat/Conseil national 10.09.13 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 02.12.13 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2013 9705)

Texte de l'acte législatif (FF 2013 8723)

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Vertrags zwischen der Schweiz und Kosovo über die Überstel- lung verurteilter Personen

Arrêté fédéral portant approbation du traité entre la Suisse et le Kosovo sur le transfèrement des personnes condamnées

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 12.097/9818)

Für Annahme des Entwurfes ... 153 Stimmen

(Einstimmigkeit)

(41 Enthaltungen)

12.100

Menschen mit Behinderungen. Übereinkommen

Personnes handicapées. Convention

Schlussabstimmung – Vote final

Botschaft des Bundesrates 19.12.12 (BBl 2013 661)

Message du Conseil fédéral 19.12.12 (FF 2013 601)

Nationalrat/Conseil national 21.06.13 (Erstrat – Premier Conseil)

Ständerat/Conseil des Etats 26.11.13 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 13.12.13 (Schlussabstimmung – Vote final)

Text des Erlasses (BBl 2013 9703)

Texte de l'acte législatif (FF 2013 8721)

Bundesbeschluss über die Genehmigung des Überein- kommens vom 13. Dezember 2006 über die Rechte von Menschen mit Behinderungen

Arrêté fédéral sur l'approbation de la Convention du 13 décembre 2006 relative aux droits des personnes handicapées

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif; Beilage – Annexe 12.100/9819)

Für Annahme des Entwurfes ... 139 Stimmen

Dagegen ... 55 Stimmen

(1 Enthaltung)